

Vorlage Nr. 58/2022		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung von 2,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen zur Erweiterung der Verwaltungssoftware Ki-ON für das Amt für Jugend, Familie und Frauen

A Problem

Der Magistrat hat mit Beschluss zur Vorlage Nr. IV/10/2022 die Erweiterung der Verwaltungssoftware Ki-ON zur Realisierung von Kommunikationsstrukturen zwischen Fachkräften, Erziehungsberechtigten, den Trägern der Kindertagesstätten und dem örtlichen Jugendhilfeträger und zur Digitalisierung im Handlungsfeld Kindertagesbetreuung beschlossen und hierfür Sachmittel des „Bremerhaven-Fonds 2022“ bereitgestellt.

Die Umsetzung der Erweiterung der Verwaltungssoftware Ki-ON erfolgt nach Priorisierung der Arbeitspakete. Zuerst soll noch im Jahr 2022 die Kommunikation zwischen dem örtlichen Träger der Jugendhilfe (Stadt Bremerhaven), den Trägern der Kindertagesstätten, den Fachkräften und der Elternschaft implementiert werden.

Für die administrative Betreuung der Fachanwendung mit perspektivisch 60 Standorten der Kindertagesbetreuung und somit rund 5.000 Erziehungsberechtigten und rund 1.000 Fachkräften entsteht ein zusätzlicher Personalbedarf in der Abteilung ADV/Controlling im Amt für Jugend, Familie und Frauen. Dieser wurde im Rahmen der Entwicklung in Abstimmung mit und unter Einbindung der Magistratskanzlei (MK 3) ermittelt.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, die Anerkennung von 2,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für die Erweiterung der Verwaltungssoftware Ki-ON (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA) - Beschäftigte in der Informations- und Kommunikationstechnik – vorbehaltlich Bewertung).

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Auf der Grundlage der Personalthauptkosten entstehen Personalkosten in Höhe von ca. 128.280 € pro Jahr. Die Finanzierung wird aus Mitteln des Dezernates IV sichergestellt.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung der Bedarfe erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere

Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung/Abstimmung

Im Rahmen der Stellenbemessung wurde die Magistratskanzlei beteiligt.

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen wird in seiner nächsten Sitzung im November 2022 in Kenntnis gesetzt.

Im Rahmen der Besetzung der überplanmäßigen Bedarfe sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, die Anerkennung von 2,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfen für die Erweiterung der Verwaltungssoftware Ki-ON (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA) - Beschäftigte in der Informations- und Kommunikationstechnik – vorbehaltlich Bewertung).

Zum nächsten Stellenplan werden entsprechende Stellenplananträge gestellt.

Melf Grantz
Oberbürgermeister